

Gegen die Wand

Thesen zur Situation der Linkspartei Ende Oktober 2022

Die Situation der Linkspartei und der Linken überhaupt muss sehr gründlich durchdacht werden, weil von der Art und Weise, wie von links die Parteienfrage gelöst bzw. nicht gelöst wird, maßgeblich abhängen wird, wie sich die politische Situation in der Bundesrepublik weiterentwickelt. Die entscheidende Frage ist dabei die, ob und inwieweit im 21. Jahrhundert die Linken in diesem Land in der Lage sein werden, eine marxistische Partei mit Masseneinfluss zu schaffen, wie sie die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter in den zukünftigen Kämpfen gegen Kapitalherrschaft und Krieg brauchen werden.

These 1: Mit dem Erfurter Parteitag ordnet sich die Linkspartei in neuer Qualität in den bestehenden Politikbetrieb ein.

Als systemoppositionelle Partei hatte sich Die Linke schon mit den Bundestagswahlen von 2021 verabschiedet. Den Wahlkampf hat sie als »Regierungspartei im Wartestand« geführt. Nur sehr abgeschwächt bezog sie noch Positionen gegen die NATO und den US-Imperialismus.

Der Erfurter Parteitag Ende Juni 2022 und die Zeit danach markieren eine deutliche Zäsur in der Geschichte der Partei. Ihre inhaltliche und personelle Anpassung an den Politikbetrieb nahm eine neue Qualität an. Die Linkspartei ist keine Wahlalternative zu den anderen Bundestagsparteien mehr. Sie ist allenfalls noch »das kleinere Übel«. Inhaltlich wurde in Erfurt scharf gegen Russland Kurs genommen. Außenpolitisch erfolgte somit eine fast vollständige Anpassung an die Ampelkoalition. Die Linkspartei hat die Kritik am US-Imperialismus und an der NATO im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg so gut wie eingestellt. Ihr Verständnis des sozialpolitischen Kampfes im »heißen Herbst« hat kaum noch Bezug zum Friedenskampf.

Der Parteitag negierte den Doppelcharakter bzw. die Janusköpfigkeit des Ukraine-Krieges. Dieser Krieg begann als Verteidigungskrieg der Ukraine gegen einen Angriff Russlands. Er wurde sehr schnell primär zum Stellvertreterkrieg von USA und NATO gegen die Russische Föderation »bis zum letzten Ukrainer«. Er eskaliert. Er steht zusehends für Kriegshysterie, Hochrüstung und Militarisierung der Außenpolitik in Deutschland. Er ist zum lange andauernden Abnutzungskrieg mit dem Ziel der Destabilisierung bzw. Zerschlagung Russlands und der Schwächung Chinas geworden. Es droht ein nuklearer Super-GAU.

All diese Aussagen sind kaum noch bei der Linkspartei zu finden. Sie werden oft sogar als »unvereinbar mit den Positionen des Erfurter Parteitages« hingestellt. Auch die Vorgeschichte dieses Krieges, die NATO-Osterweiterung und die Negation der Sicherheitsinteressen Russlands durch den »Westen«, ist kein Thema mehr. Die Befürwortung der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und von Waffenlieferungen an die Ukraine durch Linkspolitiker ist seit Erfurt zur »legitimen Position« innerhalb der Partei im Rahmen der »Solidarität mit der Ukraine« geworden.

Personell wurde auf dem Parteitag ein Vorstand inthronisiert, in dem eine Opposition gegen den neuen Anpassungskurs fehlt. Die Integration linksoppositioneller Parteiströmungen ist Schnee von gestern. Der neue Kurs heißt: Ausgrenzung. Die Anhänger Sahra Wagenknechts wurden aus dem Parteivorstand verbannt, ebenso Marxisten und Vertreter der Sozialistischen Linken. Der gegen den Kurswechsel der Linkspartei opponierende Ältestenrat wurde und wird neu besetzt. Das alte Gremium unter Führung von Hans Modrow musste selbst das Büro im Karl-Liebknecht-Haus räumen.

Die entgegengesetzten Positionen in der Partei unter Funktionsträgern und in in der Mitgliedschaft sind unverträglich geworden. Die Fähigkeit der Parteiführung zur Erneuerung ist dahin. Ihre Glaubwürdigkeit ist deutlich beschädigt. Nicht zu übersehen ist, dass nicht wenige ihrer Führer nur noch »links« blinken, um bei Wahlen nicht noch mehr abzustürzen. Dennoch: Nach wie vor verfügt die Linkspartei über ein Mobilisierungspotential, dessen Nutzung in den bevorstehenden Kämpfen gegen Kriegseskalation und die sich anbahnende soziale Katastrophe enorm wichtig wäre.

These 2: Die Linkspartei befindet sich wahlpolitisch in einer existentiellen Krise. Bei der Bundestagswahl 2021 ist sie gerade noch oberhalb der Überlebensgrenze geblieben.

Der Niedergang der Linkspartei, der sich an den Wahlergebnissen in den Jahren 2021 und 2022 ablesen lässt, ist das Ergebnis einer längeren Entwicklung, die eng mit der politischen Wandlung von einer systemoppositionellen Partei zu einer Regierungspartei einherging und -geht. Damit schwand Vertrauen, und das ursprüngliche Wählerpotential der Linkspartei zerbröselte zusehends. Weil sie keine Wahlalternative mehr ist, wird sie von vielen auch nicht mehr als Wahlalternative gesehen.

Die Partei akzeptierte nach und nach alle wichtigen Aspekte bundesdeutscher Staatsräson. Sie veränderte ihr Politikverständnis von »linker Politik als Massenmobilisierung« hin zur »Gestaltung von Politik in Regierungsverantwortung«. Bereits in den Jahren 2017 bis 2019 verlor sie ihren Status als erste Adresse des wahlpolitischen Protestes. Diesen hat heute die Alternative für Deutschland (AfD) inne.

Der Höhepunkt der wahlpolitischen Erfolge der Linkspartei liegt mittlerweile 13 Jahre zurück. Bei den Bundestagswahlen 2009 hatte sie bundesweit 11,9 Prozent der Zweitstimmen erhalten, selbst in Bayern waren es 6,5 Prozent. 2021 fiel sie mit 4,9 Prozent unter die Fünfprozentensperre und konnte nur dank des Gewinns von drei Direktmandaten in den Bundestag einziehen. In Westdeutschland halbierte sich der Stimmenanteil gegenüber 2017 von 7,4 auf 3,7 Prozent. In Ostdeutschland rutschte die Partei von 17,8 auf 10,4 Prozent. Bei den vier Landtagswahlen im Jahre 2022 setzte sich dieser Trend gegenüber 2017 fort, ohne sich weiter zu verstärken. Im Saarland stürzte die Partei am 27. März 2022 von 12,8 Prozent auf 2,6 Prozent ab, in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022 von 3,8 Prozent auf 1,7 Prozent und in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai von 4,9 auf 2,6 Prozent. An Rhein und Ruhr kam sie 2022 lediglich auf 35 Prozent der Zweitstimmen, die sie bei den Wahlen 2017 erhalten hatte (146.634), in Niedersachsen waren es etwa 56 Prozent der Zweitstimmen (177.118). Von 4,6 Prozent fiel sie bei den Landtagswahlen am 9. Oktober auf 2,7 Prozent.

Nur noch eine kleine Minderheit der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter wählt die Linkspartei. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten 18 Prozent der »berufstätigen Arbeiter« und 25 Prozent der

Arbeitslosen für die Linkspartei gestimmt (2017: zehn und elf Prozent). 2021 waren es lediglich noch fünf und zwölf Prozent. Verluste von insgesamt etwa zwei Millionen Zweitstimmen brachten sie in die Nähe einer Kleinstpartei: 640.000 der Zweitstimmen gingen an die SPD, 480.000 an die Grünen, 320.000 an die Nichtwähler und 90.000 an die AfD.

Angesichts der Wahlumfragen nach dem Erfurter Parteitag und der Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2022 wird die Linkspartei vermutlich ihren endgültigen wahlpolitischen Niedergang (vor allem in Ostdeutschland) noch einige Jahre hinauszögern können.

These 3: Widerstand gegen den Kurswechsel der Partei »in Erfurt« und danach war erkennbar. Aber auch vier Monate später gibt es keine ernsthafte Bewegung zur Erneuerung ihres sozialistischen Charakters.

Der Widerstand auf dem Parteitag gegen den außenpolitischen Kurswechsel kam in Erfurt am deutlichsten bei der Abstimmung über den von der Kommunistischen Plattform (KPF) initiierten und von der Strömung um Sahra Wagenknecht unterstützten »Ersetzungsantrag 3« zum Ausdruck. 42 Prozent der Delegierten stimmten für diesen Antrag und damit für einen Schulterchluss mit jenen, die den sozialpolitischen Kampf weiterhin mit dem Kampf gegen Hochrüstung und gegen eine russlandfeindliche Politik verbinden wollen.

Ansonsten gab es Protest gegen den Kurs des Erfurter Parteitages unter anderem vom Ältestenrat, von der KPF, vom Marxistischen Forum, von der Antikapitalistischen Linken (AKL) und der Populären Linken. Einige prominente Mitglieder wie Fabio De Masi und Harri Grünberg traten aus der Partei aus. Christa Luft war bereits Anfang Januar 2022 und Oskar Lafontaine im März ausgetreten. Andere Linke – wie auch ich – sehen nach wie vor Möglichkeiten, Die Linke zumindest als »Operationsbasis für linke Politik« (so Wolfgang Abendroth einst mit Blick auf seine Mitgliedschaft in der SPD) zu nutzen.

Die Proteste vor und nach dem Erfurter Parteitag erreichten allerdings längst nicht die Qualität des Widerstands gegen den Kurswechsel der PDS in den Jahren 1995 und 2002ff. Damals konnte man von einem linken Flügel in der Partei sprechen. Das kann man heute nicht. Und noch ein zweites Merkmal fehlt heute im Unterschied zur Endphase der PDS: eine außerparlamentarische Massenbewegung, die die Partei nach links drängt.

Die jüngste Affäre um die Rede von Sahra Wagenknecht im Bundestag hat deutlich gemacht, wie es um Zustimmung und Ablehnung der »Linie« von Erfurt in der Partei und unter Linken bestellt ist. Wagenknecht hatte am 5. September 2022 eine kraftvolle Rede im Bundestag zum »Wirtschaftskrieg« gegen Russland gehalten. Sie hatte kritisiert, dass die »fatalen Wirtschaftssanktionen« gegen Russland »Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen«. Vertreter der Leitmedien und die rechte Mehrheit in der Führung der Linkspartei waren sich einig: Die Rede müsse als »politischer Eklat« gebrandmarkt werden. Acht Bundestagsabgeordnete und vier Landtagsabgeordnete aus Sachsen und Thüringen forderten den Ausschluss Sahra Wagenknechts aus der Bundestagsfraktion bzw. aus der Partei, wozu es dann aber nicht kam. Unübersehbar war: Der Kurs von Erfurt richtet sich gegen jede ernsthafte linke Oppositionspolitik. Eine Zerreißprobe schien unabwendbar.

Diese Zerreißprobe hin zur Spaltung der Partei blieb aber bisher aus. Die Landtagsabgeordneten aus Sachsen und Thüringen sammelten Unterschriften für einen Ausschluss, während die Populäre

Linke zugleich zur Unterzeichnung einer Petition für Wagenknecht aufrief. Am 16. September hatten 2.700 die erste Petition unterschrieben, 10.700 aber die zweite zugunsten von Sahra Wagenknecht.

Diese Zahlen machen die Kräfteverhältnisse zwischen beiden Lagern unter einfachen Mitgliedern der Linkspartei und wohl auch unter Linken generell deutlich (keineswegs aber unter den Funktionsträgerinnen und -trägern der Partei). Sie ändern aber nichts daran, dass die Regierungslinke in der Partei fest im Sattel sitzt.

These 4: Das Projekt PDS/Die Linke als hoffnungsvoller Anlauf zu einer linkssozialistischen Partei mit Masseneinfluss ist fehlgeschlagen. Über Konsequenzen muss nachgedacht werden.

Es geht unter Linken heute keineswegs nur um eine linke Wahlalternative. Es geht vor allem um eine zu schaffende linke Partei, die in der Lage ist, anhaltend der Integrationskraft des Parteienstaates zu widerstehen und Gegenmacht aufzubauen und auszuweiten. Nach den Erfahrungen mit PDS und Linkspartei, die beide nach wenigen Jahren ihrer Existenz mittels der enormen Integrationskraft von Parlamentarismus und Parteienstaat politisch gezähmt werden konnten, stellt sich mit neuer Schärfe die Frage, wie denn eine linke Partei beschaffen sein muss, die dem zu widerstehen vermag.

Im Zuge des politischen Kampfes gegen das Unrecht des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik war mit der PDS eine Partei entstanden, in der Kommunisten und Sozialisten verschiedener Schattierungen sowie engagierte Gewerkschaftslinker im Interesse der von diesem Unrecht Betroffenen und überhaupt der Lohnarbeiter und aller Prekarisierten linke Politik machen wollten. Die PDS zog zunächst als Gruppe und dann als Fraktion in den Bundestag ein. Nach fast vier Jahrzehnten gab es im Bundestag wieder eine Partei, die den Klassengegensatz und die Militarisierung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland thematisierte.

Mit der Widerstandsbewegung gegen die »Agenda 2010«, der Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Konstituierung der Linkspartei wurde daraus in den Jahren 2005 ff. eine linke gesamtdeutsche Partei mit Masseneinfluss und beachtlichem Wirkungsgrad auch in den Gewerkschaften. Bei den Bundestagswahlen 2009 erhielt sie mit 5.155.933 Zweitstimmen immerhin mehr als die Hälfte der Stimmen, die die SPD auf sich vereinen konnte (9.990.488).

Weder PDS noch Die Linke waren jemals marxistische Parteien, vertraten jedoch in ihren Programmen im Zusammenhang mit der Eigentums- und Machtfrage einige wichtige marxistische Grundsätze. In beiden Parteien erlangten nach wenigen Jahren die Regierungslinken, also diejenigen, die diese Grundsätze abschaffen wollten, die Oberhand. Das dauerte bei beiden Parteien etwa fünf Jahre. Dann folgte die sukzessive Einordnung in den Politikbetrieb – ideologisch und politisch. Begleitet wurde dies vom wahlpolitischen Niedergang. Mit »Erfurt« bekam beides eine neue Qualität.

Erstaunlich ist, dass über die Ursachen dieser Entwicklungen nie ernsthaft diskutiert wurde. Statt dessen wird über Streitigkeiten, über Hass, Geltungssucht usw. geredet. Die Besonderheit linker Parteien gegenüber linken Vereinen und anderen Gruppen bleibt unbeachtet. Der Blick auf die besonderen Ursachen für die Domestizierung linker Parteien (die Rolle von Finanzierung und

Ämterpatronage im Politikbetrieb) entschleiert offenbar Machtstrukturen in einer Weise, dass man darüber lieber schweigt.

Karl Marx und Friedrich Engels haben bereits 1848 über den parlamentarischen Kretinismus geklagt. Rosa Luxemburg und Wladimir I. Lenin haben Zutreffendes über den Zusammenhang von Parlamentarismus und Opportunismus geschrieben. Eine überzeugende Theorie über die Ursachen der Transformation linker, systemoppositioneller Parteien hat Wolfgang Abendroth, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, in den 1960er Jahren in seiner Monographie »Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie« vorgelegt. Abendroths Erklärung lautet: In jeder linken Partei bildet sich, abhängig von ihren Wahlerfolgen, eine Sozialschicht von Parlamentariern und Parteiarbeitern heraus, die von der Partei lebt. Sie entwickelt gegenüber den Interessen der Lohnarbeiter eigene politische Interessen. Diese Sozialschicht dominiert alsbald die Partei. Sie ist der soziale Träger von Integrationsideologie. Sie strebt nach immer mehr Ämterpatronage. Politische Intelligenz ist nicht ihre Sache.

Nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) 1863 unter Ferdinand Lassalle hat es ganze 51 Jahre gedauert, bis die SPD-Reichstagsfraktion 1914 den Kriegskrediten zustimmte und sozialistische Ideale über Bord warf. Heute braucht es dafür nur wenige Jahre.

Die enorme Integrationskraft von Parlamentarismus und Parteienstaat heute macht das möglich (natürlich auch die marxistischen Defizite der Partei). Erfolgreiche systemoppositionelle Parteien werden schnell zu mächtigen Apparaten im Politikbetrieb. Sie können Ämter in Parlamenten, im Staat und in der Verwaltung vergeben. Für Wahlkämpfe, parlamentarische Tätigkeit, politische Bildungsarbeit und parteinahe Stiftungen erhalten sie eine Menge Geld (die Linkspartei im Jahr 2021 geschätzt etwa 150 Millionen Euro). Personen der Sozialschicht, die von der Partei leben, summieren sich auf einige tausend. Sie dominieren die Parteitage und halten die meisten Parteiämter besetzt.

Die Geschichte von PDS und Linkspartei hat deutlich gemacht, dass gegen die sukzessive Einordnung linker Parteien in den etablierten Politikbetrieb die innerparteiliche Demokratie wenig hilft. Ein praktisches Beispiel, wie dem alsbald übermächtigen politischen Einfluss der Sozialschicht von Berufspolitikern anhaltend entgegengewirkt werden kann, gibt es bisher auch international nicht.

Die Frage, wie denn eine Klassenpartei der Lohnarbeiter mit Masseneinfluss beschaffen sein muss, die dauerhaft der Integration durch Parlamentarismus und Parteienstaat zu widerstehen vermag, muss gerade deswegen gründlich diskutiert und zum Teil wohl auch neu beantwortet werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Auswertung von entsprechenden Erkenntnissen in anderen kapitalistischen Ländern. So besagen die Erfahrungen der erfolgreichen marxistischen Partei der Arbeit Belgiens, dass der systemoppositionelle Charakter einer linken Partei marxistische Prinzipientreue und eine enge Verbindung zur Lohnarbeiterklasse ebenso verlangt wie die Wahrnehmung sozialer Aufgaben im Interesse der Prekarierten aller subalternen Klassen (in Belgien auf dem Gebiet des Gesundheitswesens). Zumindest in einem Punkt kann man dabei auch von der Kommunistischen Partei Österreichs in Graz lernen, deren Mitglieder im Falle der Übernahme von staatlichen Ämtern das Gehalt eines Facharbeiters erhalten und der darüber hinausgehende Teil in einen Sozialfonds fließt.